Deutscher Reichstag.

38. Sitzung vom 30. Januar.

1 Uhr. Am Bundesrathstisch: Graf Posadowsky u. A.

Die erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die anderweite Ordnung des Finanzwesens des Reiches wird fortgesetzt.

Abg. Richter (fs. Vp.): Es gereicht mir zur großen Genugthuung, daß das süße Flötenspiel des Finanzministers nicht vermocht hat, das Centrum hinter sich her in den Berg locken. Auch die Hoffnung des Herrn dieser Finanzreform zu locken. Auch die Hoffnung des Herrn von Kardorff, daß die Baiern die Finanzpolitik der Regierung heraushauen würden, scheint sich nicht zu erfüllen. Durch Ablagerung hat die Vorlage also auch nicht gewonnen. Nun hat sich die Regierung auf die öffentliche Meinung gegenüber diesem Hause berufen. Mir ist keine einzige Versammlung bekannt, in der ein Beschluß zu Gunsten dieses Gesetzentwurfs gefaßt worden wäre. Wo giebt sich denn die öffentliche Meinung sonst kund? Es geht dem Schatzsekretär hiermit wie mit den Autoritäten für die Wein- und Tabaksteuer. Er nennt sie nicht, sie sind eben stumm und spielen die Rolle des „großen Unbekannten" in den Kriminalprozessen. Zu gleicher Zeit versuchte der Finanzminister Dr. Miquel den Partikularismus in den Einzellandtagen aufzustacheln und sich an das allgemeine deutsche Interesse zu wenden. Er sagte, die Einzelstaaten würden sich daran gewöhnen, das Reich nicht als Wohlthäter, sondern als Gegner zu betrachten. Gerade diese Steuervorlagen sind geeignet, das Reich als Gegner erscheinen zu lassen. (Sehr richtig! links.) Es heißt jetzt nicht mehr Steuerverminderung in den Einzelstaaten, sondern Steuervermehrung auf jeden Fall und man sagt, wenn die Steuerlast im Reiche nicht erhöht wird, wird man es in den Einzelstaaten thun müssen. Was Preußen betrifft, so kann dort von einem Zuschlage zur Einkommensteuer in diesem Etatsjahre gar keine Rede sein, weil das preußische Defizit überhaupt nur ein Kassendefizit ist. Wie ich sehe, ist der Finanzminister nicht da, er scheint nach dem gestrigen unglücklichen Gefecht das Feld geräumt zu haben. (Heiterkeit.) Ich brauche daher über den preußischen Etat nicht weiter zu sprechen. (Gleich darauf betritt Finanzminister Dr. Miquel den Saal.) Ich kann also auf die preußischen Finanzverhältnisse wieder zurückkommen, nachdem der preußische Finanzminister zu meiner Freude hier erschienen ist. (Heiterkeit.) Das ganze Gesicht des preußischen Etats hängt von der Etatisirung der preußischen Eisenbahneinnahmen ab und die sind um 30 Millionen niedriger etatisirt als geboten erschien. Der Finanzminister legte gestern weniger Werth auf die Summe von 40 Millionen als auf die feste Relation zwischen Reich und Einzelstaaten. Ich würde aber auch eine Limitirung der Matrikularbeiträge für unmöglich halten, weil das Reich kein eignes in sich abgeschlossenes Steuersystem besitzt. Ja, wenn man auch die Heer- und Marineausgaben limitiren wollte, dann ließe sich darüber sprechen. Alle Vermehrungen des Heeres fallen vorzugsweise auf die minder wohlhabenden Klassen, denen schon die persönlichen Lasten in Folge dieser Vermehrungen zufallen. Um so ungerechter wäre es, diesen Klassen auch die finanzielle Last aufzuhalsen. Würden die wohlhabenden Klassen etwas mehr am eigenen Leibe die Lasten der Militärvermehrungen spüren, so würden sie sich ihnen etwas kritischer gegenüberstellen. Wir sind gegen das Gesetz, weil es die Interessen der Steuerzahler schädigt, wir sind gegen das Gesetz vom Standpunkte der Einzelstaaten und des Reichs. Käme eine neue Vermehrung des Heeres, so würde man vor diesem Gesetze nicht Halt machen und auch die Dotation von 40 Millionen, die die Einzelstaaten ja nicht einmal umsonst bekommen, angreifen. Diese Dotation enthält thatsächlich den Verzicht der Einzelstaaten auf alle natürlichen Mehreinnahmen aus den Zöllen und Verbrauchssteuern. Darüber sucht man jetzt immer sehr leicht hinwegzuschlüpfen. Als der Hauptvortheil der Einzelstaaten wird ihre Befreiung von den schwankenden Einnahmen vom Reiche hingestellt. Dieser Punkt ist ganz außerordentlich übertrieben worden. Die eingetretenen Veränderungen in dem Verhältniß zwischen Reich und Einzelstaaten beruhen nicht auf den Matrikularbeiträgen, sondern auf besonderen Reichsgesetzen, dem sprungweisen Erhöhen der Reichseinnahmen und der stoßweisen Vermehrung der Militärausgaben. Zum Theil beruhen die eingetretenen Veränderungen allerdings auch auf Etatsverhältnissen, aber dies ist bei weitem nicht in dem Maße der Fall, wie man es hinstellt. Wenn man auf die Erhöhung der Matrikularbeiträge hinweist, so darf man auch zugleich die nachträgliche Erhöhung der Ueberweisungen nicht vergessen. Da gleicht sich eines mit dem andern aus und die Einzelstaaten sind in den letzten 4 Jahren um 138 Millionen Mk. besser gefahren als sie nach dem ursprünglichen Etatsentwurf angenommen hatten. Ist das ein Unglück? Dann wird es immer so dargestellt, als hätte die preußische Finanzverwaltung im Ordinarium dauernde Ausgaben auf diese Einnahmen begründet. Nein, so unvorsichtig war sie nicht, die Summen sind zur außerordentlichen Schuldentilgung verwendet worden. Es wird also ganz außerordentlich übertrieben in Bezug auf die aus den schwankenden Reichseinnahmen für die Einzelstaaten resultirenden Nachtheile. Daß die Vorlage den Interessen der Einzelstaaten entspreche, meinte Herr Miquel, müßten die Finanzminister besser wissen. Die Ansichten der Minister haben sich doch aber schon oft geändert. Nicht den Föderalismus fördert diese Vorlage, sondern den Zentralismus. Für 5 Jahre sind sie abgefunden. Das ist doch kein Föderalismus. Das Entscheidende ist aber für mich das Reichsinteresse an einer sparsamen Wirthschaft, das gegen die Vorlage spricht. Der Herr Graf Posadowski erklärte das Ausgabebewilligungsrecht für das Wichtigste, das übrige sei dann kalkulatorische Arbeit, die Einnahmen werden dann danach bemessen. Welche sonderbare Ansicht aus der Studirstube! Die Volksvertretung muß jederzeit in der Lage sein, zu entscheiden, ob es richtiger sei, eine Ausgabe zu vermeiden oder eine Einnahme zu erhöhen. Der Finanzminister sagte gestern mit Recht, wenn man immer Mittel zur Hand hat, ist man auch stets bereit, Ausgaben zu machen. Das wollen wir aber vermeiden. In Preußen kann man, da die Verfassung bestimmt, die bestehenden Einnahmen werden forterhoben, bei Streichung von Ausgaben, nicht zugleich eine Erleichterung in den Einnahmen veranlassen. In diesen unglücklichen Zustand würden wir im Reiche durch dies Gesetz auch hineinkommen. Und der Grund, den Graf Limburg anführte, daß man in der Veränderung der Anleihen ja einen beweglichen Faktor hat, ist nicht ausschlaggebend, weil die Verminderung der Anleihe kein durchschlagendes Motiv zur Sparsamkeit zu sein pflegt. Sollten Sie der Meinung sein, daß wir bewegliche Steuern haben sollen, so dürften wir doch nicht so lange warten, bis man uns wieder einmal 100 Millionen abfordert, sondern man sollte es gleich thun. Die Matrikularbeiträge könnten wir dabei aus konstitutionellen und Sparsamkeits-Gründen doch nicht entbehren; es war mir daher sehr werthvoll, daß das Zentrum fest entschlossen ist, an ihnen festzuhalten. Eine sparsame Wirthschaft ist dann am leichtesten, wenn man mit knappen Mitteln wirthschaftet. Der schlechteste Weg dazu ist aber dieses Gesetz. Die Einrichtung der Schuldentilgung, wie sie das Gesetz vorschlägt, halte ich für eine reine Spielerei, einen leeren Formalismus, der wohl geeignet ist zu täuschen, aber weiter nichts. Es verleitet zum Schuldenmachen, wenn man auf der andern Seite eine Einrichtung zur Schuldentilgung zu haben glaubt, ohne eine Verpflichtung Dritten gegenüber zu übernehmen. Das gehört auch zu der rein automatischen Einrichtung des Gesetzes. Ist es richtig, das bischen Budgetrecht des Reichstags noch mehr einzuschränken? Oder glaubt man, daß durch dies Gesetz der Etat verständlicher wird? Ein verständlicher Etat gehört aber auch zu den konstitutionellen Erfordernissen, sonst kann die Regierung leicht im Trüben fischen, je nachdem sie schwarz malt, wenn sie neue Steuern braucht, oder schön malt, wenn sie neue Ausgaben für Militär und Marine machen will. Das Leck, welches das Reichsschiff in Wirklichkeit zeigt, rührt von den Militär- und Marineausgaben her und dies Leck werden Sie nicht verstopfen mit dem doppelten Löschpapier dieses Gesetzes. Sparen Sie beim Militär- und Marineetat. Nur durch größere Rücksichtnahme auf die Leistungsfähigkeit der Steuerzahler werden Sie bessere Verhältnisse schaffen. Das kann aber nicht geschehen durch Annahme, sondern durch möglichst schnelle Ablehnung dieses Gesetzes. (Beifall links.)

Abg. von Kardorff (R.-P.): Es scheint, als ob hier im Reichstage überhaupt keine neuen Reichssteuern mehr bewilligt werden sollen, das würde ich für verfehlt halten. Abg. Richter hat bei der Berathung der Militärvorlage selbst darauf hingewiesen, wie hoch die Matrikularbeiträge und in Folge dessen die Finanzlage der Einzelstaaten sei, so daß sie weitere Erhöhungen nicht ertragen könnten. Abgeordneter Richter hat auf den Abg. Windthorst und dessen Forderung von direkten Steuern hingewiesen. Diese Erklärung, die 1887 abgegeben wurde, wo wir doch seitdem die Steuerreform in Preußen haben, kann doch kein Grund für die Ablehnung der jetzigen Vorlagen sein. Abg. Richter sagt, wir fürchten uns auch nicht vor Zuschlägen zur Einkommensteuer in Preußen. Nun, die Landwirthschaft kann das nicht aushalten. Herr Richter stellt sich so, als ob er für Heer und Marine nie etwas bewilligt hat. Seine Bewilligungen bleiben doch nur um wenige Millionen hinter unseren Bewilligungen zurück (Abg. Richter: Militärvorlage?). Ich habe doch Ihr Angebot in der Kommission damals selbst gehört (Abg. Richter: (Keine Erhöhung der Präsenzstärke!) Wenn es sich um populäre Forderungen handelt, z. B. für Erhöhung der Beamtengehälter, dann hört man auf jener Seite von den Ermahnungen zur Sparsamkeit nichts, dann fordern Sie Mehrausgaben auch bei ungünstiger Finanzlage. Herr Richter macht es sich sehr bequem, die Finanzen des Reiches zu balanciren, er befreitet einfach die Richtigkeit der Veranlagung des Etats, die aber doch ganz unanfechtbar ist (Widerspruch links); er stellt Wechsel auf die Zukuft aus, die niemals eingelöst werden. Herr Richter will die Ueberweisungen an die Einzelstaaten nur auf 1 Jahr festgelegt sehen. Das würde doch den Einzelstaaten nichts nützen, weil es die Grundlage ihrer Finanzen in keiner Weise befestigen würde. Ein Kampf der Einzellandtage gegen den Reichstag würde die Folge sein, der nicht zum Vortheil der ganzen politischen Entwickelung sein kann. Eine Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Einzelstaaten ist unerläßlich, wenn die Finanzen der Einzelstaaten nicht in eine ganz heillose Anarchie und Verwirrung gestürzt werden sollen. Wir müssen den Finanzen der Einzelstaaten eine feste Grundlage geben, eine Trennung zwischen Reich und Einzelstaaten herbeiführen, dem Reich die indirekten Steuern, den Einzelstaaten die direkten überlassen. Wollen Sie die ungeordneten Verhältnisse fortbestehen lassen, dann lehnen Sie das Gesetz ab, wollen Sie geordnete Finanzen in Preußen und Reich, dann nehmen Sie es an.

Abg. Schippel (Soz.): Der Vorredner möge sich an die Agrarier hier und in den Einzellandtagen wenden, wenn er die Finanzen ordnen will. Dem Volk aber 40 Millionen Konsumsteuern zu Gunsten der Einzelstaaten aufzuerlegen, wäre ein Unrecht. Die Franckenstein'sche Klausel ist eine konstitutionelle Garantie für das Einnahme-Bewilligungsrecht des Reichstages, und so lange die indirekten Steuern bestehen, können wir nicht auf sie verzichten. Nach der Vorlage wird das Budgetrecht des Reichstages thatsächlich geschmälert, auf 5 Jahre beschränkt. Nicht um eine Frage des Partikularismus, nicht um einen Kampf der Einzelstaaten gegen das Reich handelt es sich, sondern um einen Kampf derer, die indirekte Steuern zahlen, gegen diejenigen, die direkte Steuern zu zahlen haben. Wir stehen auf der Seite der Ersteren und lehnen die Vorlage ab.

Abg. Dr. Hammacher (nl.): Die Vorlage ist eine finanzpolitische ersten Ranges. Wir müssen die Regierung unterstützen, wenn sie eine feste Norm zwischen den Finanzen der Einzelstaaten und des Reichs schaffen will. Meine Partei würde ihre ganze Vergangenheit verleugnen, wollten wir andere Grundsätze bethätigen. Einige meiner politischen Freunde sind freilich nicht ohne große Bedenken gegenüber Einzelheiten der Vorlage, die ja auch Seitens des Herrn Finanzministers und des Reichsschatzsekretärs als diskutabel hingestellt sind. Einzelne meiner Freunde haben außerdem das lebhafte Bedenken, daß der gegenwärtige Zeitpunkt bei der schlechten wirthschaftlichen Lage nicht geeignet ist für die Finanzreform. Einen prinzipiell ablehnenden Standpunkt nimmt aber keiner meiner Freunde ein. Ich für meine Person bin aber durchaus gegentheiliger Ansicht als die, die den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für geeignet halten. Ich meine, wir haben schon viel zu lange gewartet. Den jetzigen Augenblick, wo die Regierung Entgegenkommen zeigt, müssen wir ergreifen. Wer gegen diese Finanzreform agitirt, der besorgt die Geschäfte derjenigen, die gegen die Staatsordnung ankämpfen, der schafft den Nährboden für die Ausbildung eines zerfleischenden Gegensatzes zwischen Reich und Einzelstaaten. Es muß eine feste Grundlage für die Finanzen der Einzelstaaten geschaffen werden und Sicherheitskoeffizienten für die Dauer derselben. Ich entsinne mich sehr gut der Zeit, wo keine Tagung des Reichstages vorüberging, ohne daß die Vertreter der ärmeren Landestheile lebhafte Beschwerde führten über die Ungerechtigkeit der Matrikularumlagen. Ist es nicht eine sündhafte Ungerechtigkeit, wenn ein armes Land wie Thüringen dieselben Matrikularumlagen zu zahlen hat, wie das reiche Bremen und Hamburg? Weiß Herr Richter nicht mehr, wie schwierig die Finanzverhältnisse Preußens sind unter den Wirkungen der unsicheren Eisenbahnüberschüsse. Herr Richter hat auch auf das Garantiegesetz Bezug genommen; er sagt, das jetzige Defizit Preußens sei nur ein Kassendefizit wegen der Vermögensverbesserungen der Eisenbahnen durch die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben, die nach dem Garantiegesetz gutgeschrieben werden müssen. Wie kann man aber behaupten, daß es sich wirklich um Vermögensverbesserungen des Staates handelt. Es ist unbestreitbar, daß die preußischen Finanzen in eine höchst fatale Lage gebracht sind, und es besteht schon seit Jahren zwischen dem Finanzminister und der Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß diesem Zustande ein Ende gemacht werden muß. Diese schädliche Wirkung müßte eintreten, weil die Leichtigkeit des Zufließens von Zuschüssen auf das gerade Gegentheil hinwirkt als auf sparsame Wirthschaft. Die Ueberschüsse der preußischen Eisenbahnen seit 1880/81 zeigen ähnliche Schwankungen, wie die Ueberweisungen vom Reiche; sie schwanken zwischen 20 Millionen und 80 Millionen, nach Abzug aller Ausgaben für Verzinsung und Amortisation. Diese Amortisation ist eine so geringe, und dabei handelt es sich um ein Eisenbahnbetriebskapital von $6^1/_4$ Milliarden. Wie kann da Herr Richter die Nothwendigkeit der Amorisation bestreiten. Sein politischer Freund Birchow hat bei Gelegenheit der Berathung des preußischen Konsolidationsgesetzes, als man dieselben Gesichtspunkte wie jetzt gegen eine obligatorische Amortisation in's Feld führte, gesagt: Der Weg zur Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert. Man habe die Absicht, in guten Zeiten zu amortisiren, aber unterlasse es dann doch. Das ist eben die erziehliche Wirkung der obligatorischen Amortisation. Die Nothwendigkeit dieser Finanzreformvorlage ist so eingehend und überzeugend von den Vertretern der verbündeten Regierungen und dem Grafen Limburg-Stirum begründet worden, daß ich nichts hinzuzufügen brauche. Ich sage aber zum Schluß: Die Regelung der Finanzen im Reich und der Einzelstaaten ist eine der wichtigsten Aufgaben, die den Reichstag seit Begründung des Reiches beschäftigt haben. Es würde das Ansehen des Reichstages herabmindern, wollten wir nicht energisch den Versuch machen, die Finanzen des Reiches auf feste Grundlage zu stellen. Wir wollen mit gutem Willen und ernstem Bestreben versuchen, das Reich auf feste Füße zu stellen. Ich beantrage die Verweisung auch dieser Vorlage an die Steuergesetzkommission. (Beifall.)

Abg. Dr. Förster (Antis.): Das Gesetz hat allerdings manches Verführerische, insofern sie den Einzelstaaten dauernd ein Geschenk überweisen und das Reich die Finanzlage der Einzelstaaten bis zu einem gewissen Grade regeln soll. Aber die Vorlage ist verfrüht; der gegenwärtige Augenblick ist dazu nicht geeignet. Auch wir wollen eine klare Scheidung zwischen Reich und Einzelstaaten, aber die vorgeschlagene Aufbringung der Mittel sind nicht ein geeignetes Korrelat. Wir sehen ein solches in einer Luxussteuer, Wehrsteuer, Dividendensteuer und erhöhten Börsensteuer. Wenn an der Börse jährlich Hunderte von Millionen dem Volke abgenommen werden, dann muß man sagen, daß die Börse das lohnendste Steuerobjekt ist. Daneben können nur solche Steuern eingeführt werden, die den kleinen Mann nicht belasten. Die Einkommensteuer muß in den höheren Stufen weit höhere Sätze enthalten. Weshalb sollen denn nicht Millionäre mit 6, 7, 8 und mehr Prozent eingeschätzt werden können? Die Börse und Großfinanz ist in anderen Ländern, wie in Frankreich, weit stärker herangezogen als bei uns; in England ist die Dividendensteuer sehr ergiebig. Nothwendig ist auch eine Inseratensteuer; ja es wäre sehr erwägenswerth, ob nicht ein Inseratenmonopol eingeführt werden soll. Ich möchte sodann den Vorschlag machen, eine Papiersteuer einzuführen. Wenn die Hunderttausende von Zentnern Papier, die bedruckt bestenert werden, so ist das gerechter und bringt mehr ein als z. B Zucker- und Tabaksteuer. Daß wir aber immer wieder auf die Forderung von Luxussteuern zurückkommen, kann uns Niemand verübeln. Wir wollen, daß einige der Steuern beweglich sind, und daß dem Anschwellen der Reichsschulden entgegengetreten wird. Durch die von uns vorgeschlagenen Steuern wird mehr aufkommen, als die Deckung der Kosten der Militärvorlage erfordert.

Abg. Dr Bachem (Ctr.): Der preußische Finanzminister hat gesagt, wir werden mit der Finanzreform immer wieder kommen. Er hat verschiedene Wege angeführt, in der die Reichsfinanzreform zur Einführung gelangen könne, wenn dieser Weg nicht eingeschlagen wird. Der erste Weg bedeutet nichts mehr und nichts weniger, als die Beseitigung der Franckenstein'schen Klausel. Meine Partei wird in dem Kampfe nicht nachlassen, das Wort des seligen Windthorst von der Nothwendigkeit der Beibehaltung der Franckenstein'schen Klausel wahr zu machen. Alle Versuche, die darauf abzielen, sie zu beseitigen, werden uns als geschlossene Gegner finden.

Diese Vorlage wird keine Annahme in diesem Hause finden. Der Reichsschatzsekretär hat gegen uns die Einzellandtage ausgespielt. Freilich, diese würden nichts als Vortheile aus der Annahme einer solchen Vorlage haben, deren Odium allein auf den Reichstag fallen würde. Aber der Reichsschatzsekretär hat selbst hingespielt auf jene Politik, welche sich ausdrückt in den Worten: Heiliger Florian, verschone meine Haus, zünd' andere an. Da machte also dieses Ausspielen der Einzellandtage ebenso wenig Effekt, wie die Bemerkung des Reichsschatzsekretärs, daß ihm von breiten Volksmassen die Weinsteuervorlage angeboten sei. Das sind auch solche, die zum heiligen Florian beten, das sind breite Volksmassen, die weder Wein bauen, noch Wein trinken. Als der treibende Grund der Steuervorlagen wird die finanzielle Nothlage angeführt. Ja, weshalb hat man diese finanzielle Nothlage nicht auch schon bei der Militärvorlage geltend gemacht? (Sehr richtig!) Damals war nur der Reichskanzler hier zur Vertretung der Militärvorlage. Kein Finanzminister ließ sich sehen (Heiterkeit und Beifall); jetzt reden nur die Finanzminister und der Reichskanzler thut so, als ob die Deckung ihn gar nichts angeht. Man verweist auf die Ungerechtigkeit der Vertheilung der Matrikularbeiträge nach der Kopfzahl. Sind denn aber nicht auch die Ueberweisungen eine Ungerechtigkeit, da sie doch auch nach der Kopfzahl vertheilt werden? Die Frage ist, wird die Kalamität, die uns der Finanzminister in Aussicht gestellt hat, eintreten, wenn nur das bewilligt wird, womit wir uns einverstanden erklärt haben? Es ist schon darauf hingewiesen wor-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18940131021/fragment/page=0001

den, daß an diesem Etat erhebliche Ersparnisse gemacht werden können. Ich schätze sie auf 15 Millionen; dann balancirt schon der Etat für dieses Jahr. Und wenn auch in den nächsten Jahren eine sparsame Politik getrieben wird, so wird eine Erhöhung der Matrikularbeiträge nicht erforderlich sein. Aus einer Uebersicht des früheren Reichsschatzsekretärs ergiebt sich, daß dieser eine Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reiches für die Periode 1894/95 bis 1898/99 von im Ganzen 114 147 000 Mk. berechnet hat, und zwar soweit sie nicht à Conto der Ueberweisungen zu berechnen sind, von 24 700 000 Mk., und soweit sie à Conto der Ueberweisungen zu berechnen sind, von 89 407 000 Mk. Ich vermisse in dieser ganzen Finanzreformvorlage jede Bezugnahme auf diese Auseinandersetzung des Frhrn. v. Maltzahn. Wenn diese 114 Millionen Mehreinnahmen wirklich in Aussicht stehe, so wird eine Erhöhung der Matrikularbeiträge nicht eintreten. Es handelt sich hier aber nicht darum, die Mittel zu gewinnen, um ein vorhandenes Loch zu stopfen, sondern um Vorrath zur Stopfung von später zu machenden Löchern zu schaffen. (Sehr richtig!) Der Finanzminister sagt: der Reichstag habe ja das Palladium des Ausgabebewilligungsrechtes. Ja, mit diesem Palladium ist es eine eigene Sache. Wenn die Mittel vorhanden sind, ist es sehr schwierig, die Nothwendigkeit einer Ausgabe zu bestreiten. Der Finanzminister sagt: mit dieser Finanzreformvorlage ist die große nationale Aufgabe verknüpft, ein erträgliches Verhältniß zwischen Reich und Einzelstaaten herzustellen. Nun, der Schwerpunkt liegt doch in einer weisen Beschränkung der Ausgaben des Reiches. Aber was nützt ein erträgliches Verhältniß zwischen Reich und Einzelstaaten, wenn es geschaffen wird durch Steuern, die unerträglich sind für die weitesten Volksklassen! (Sehr gut!) Und dann vergessen Sie doch nicht, daß die Ausgaben des Reiches zum weitaus größten Theil für Heer und Marine erfolgen. Hätte Jemand bei Gründung der Reichsverfassung den Gedanken gehabt, die Militärausgaben sollten durch indirekte Steuern, alle anderen Ausgaben durch direkte Steuern aufgebracht werden? Aber darauf kommt diese Finanzvorlage im Effekt hinaus.

Indessen für uns ist die Hauptsache: der gegenwärtige Augenblick ist für eine Finanzreform in keiner Weise geeignet. Die clausula Franckenstein können wir nicht aufgeben, um so weniger, als die indirekten Steuern im Reiche enorm gesteigert sind, während ein auch nur annähernd gleiches Steigen der direkten Steuern in den Einzelstaaten nicht der Fall ist. Die Ergänzungssteuer in Preußen ist nur ein Ersatz für einen Ausfall an anderen Steuern. Als die indirekten Steuern noch 241 Millionen betrugen, war das Verhältniß ein unrichtiges zu Ungunsten der indirekten Steuern. Heute dagegen, wo binnen so weniger Jahre die indirekte Steuerlast auf 650 oder, wenn die Vorlage angenommen würde, auf 680 gesteigert ist, da hat sich dieses Verhältniß außerordentlich verschoben, die Summe der indirekten Steuern übersteigt die Summe der direkten Steuern in allen Einzelstaaten. Eine sozialpolitische Gerechtigkeit liegt in der überhohen Besteuerung der breiten Volksklassen durch indirekte Steuern gegenüber der Besteuerung der mittleren und reicheren Klassen durch direkte Steuern nicht. Blos um Erhöhung der direkten Steuern in den Einzelstaaten zu vermeiden, kann ich mich nicht dazu verstehen, bei diesem Verhältniß die indirekten Steuern zu erhöhen. Mich schreckt da auch in keiner Weise die Erhöhung der direkten Steuern in Preußen ab. Wir werden im Abgeordnetenhause dem Minister hierin hilfreiche Hand bieten. Man hat uns vorgehalten, daß wir verpflichtet sind mitzuwirken an der Deckung der entstandenen Ausgaben. Gewiß, wir sind verpflichtet, auch die finanzpolitische Bedeutung der Clausula Franckenstein aufrecht zu erhalten. Wir haben auch Militärausgaben bewilligt, aber nur unter schweren Bedenken und nur unter dem Druck der nationalen Gesichtspunkte. Wir haben zu diesen Ausgaben nicht gedrängt, sondern sind die Bremser gewesen. Und was die Kosten der letzten Militärvorlage angeht, so erkläre ich: wir werden uns bemühen, an der Deckung des Defizits im Reiche mitzuwirken, aber wir lehnen jede moralische Verantwortung für die finanzielle Kalamität ab (Beifall). Aber wir erheben den Vorwurf, weshalb hat man denn im Bundesrathe nicht bei der Berathung der Militärvorlage es sich gesagt und betont, daß die Finanzlage des Reiches solche Ausgaben nicht vertrage? Wir haben doch wahrlich nicht aus unpatriotischem Gefühl gegen die Militärvorlage gestimmt! Man verweist auf andere Staaten, in denen im Verhältniß zu den direkten Steuern die indirekten Steuern noch viel höher sind als bei uns. Ja, wollen Sie denn auch die sozialpolitischen Verhältnisse jener Länder eintauschen gegen die in unserem Lande? Ich bleibe bei der Behauptung, daß wir zu Unrecht mit indirekten Steuern belastet sind. Im Uebrigen kann ich nur auf unsere neulichen Berechnungen hinweisen, daß die von meiner Partei zugestandenen Steuerbewilligungen genügen, um die Kosten der Militärvorlage zu decken. Wenn es gelingt, am Etat 15 Millionen zu sparen, dann wird er balanciren, und dann können wir es auf die natürliche Steigerung der eigenen Reichseinnahmen ankommen lassen. Wenn es nothwendig sein wird, die Matrikularbeiträge zu steigern, und die direkten Steuern in den Einzelstaaten zu erhöhen, dann werden wir darauf hinweisen können, daß man diese Folgen hat voraussehen müssen. Die Finanzminister in den Einzelstaaten haben Interesse an dieser Vorlage, sie bekommen durch sie eine feste Rente. Aber die Finanzminister müssen die Lehre erhalten, was es bedeutet, daß sie uns die Militärvorlage nicht vom Halse gehalten haben und daß sie nicht auch für Sparsamkeit im Reiche gesorgt haben. Da kann man es den Finanzministern nur wünschen, daß sie in eine möglichst schwierige Stellung ihren Landtagen gegenüber gerathen. (Heiterkeit.) Wenn aber eine solche Sparsamkeit geübt wird, wie sie der Finanzminister von Preußen jetzt immer im Munde führt, dann werden wir schon durch die natürliche Steigerung der eigenen Einnahmen zu einem Ausgleich der Finanzen im Reiche kommen und werden eine Steigerung der Matrikularbeiträge nicht nöthig haben. Der jetzige Zustand, wo bald die eine, bald die andere Industrie beunruhigt wird, darf nicht verewigt werden. Wenn bewegliche Steuern erforderlich sind, dann ist es besser, die direkten Steuern beweglich zu machen, als die indirekten. Ich komme zum Schluß. Die Vorlagen der verbündeten Regierungen sind unannehmbar. Wir können nicht neue indirekte Steuern bewilligen, wenn nicht eine wirkliche volkswirthschaftliche und sozialpolitische Nothwendigkeit vorliegt. Sie sehen jetzt schon, wie schwierig die Gewinnung neuer Mittel durch Steuern ist; glauben Sie, das würde in Zukunft leichter werden? Es wäre ein verhängnißvoller Fehler für die Zukunft unseres Vaterlandes, wenn den Einzelstaaten jedes Interesse an dem Stande der Finanzen im Reiche genommen wird. Aus Liebe zum Vaterland wollen wir diesen Weg nicht gehen und lehnen die Vorlage ab. (Beifall.)

Finanzminister Miquel: Je länger die Debatte dauert, um so mehr kommt mir der Spruch in die Erinnerung: Rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht (Heiterkeit). Herr Richter ist jetzt ein Anhänger der Franckenstein'schen Klausel, Herr Bachem der Matrikularbeiträge, während doch Herr Richter früher gegen die Klausel war und die Franckenstein'sche Klausel, deren unbedingter Anhänger Abg. Bachem ist, gerade sich gegen die Matrikularbeiträge richtet. Wenn jetzt die Einzelstaaten noch eine Erhöhung der direkten Steuern vornehmen sollen, was bleibt denn da von den Finanzen derselben noch übrig? Ich glaube nicht, daß es Ihnen gelingen wird, 15 Millionen Ersparung am Etat zu machen. Wenn Sie jetzt wichtige Kulturaufgaben des Reichs unbefriedigt lassen, werden Sie bald selbst wieder darauf zurückkommen müssen. Viel einfacher ist es ja, einfach Mehreinnahmen in den Etat einzustellen, wie dies die Budgetkommission bei dem Etat der Postverwaltung gethan hat, trotz der außerordentlich schwierigen Kalkulation. Auf diese Weise mache ich mich auch noch anheischig, das Defizit verschwinden zu machen. (Heiterkeit.) Man kann eine Garantie für ein geordnetes Finanzwesen nur durch eine Organisation erlangen, die es den einzelnen Finanzministern unmöglich macht, nach Belieben zu verfahren. Man meint jetzt hier, daß alle indirekten Steuern die unteren Klassen belasten und alle direkten die höheren. Das ist ein Irrthum. Indirekte Steuern sind oft viel gleichmäßiger vertheilt, als direkte, und ich kann mir umgekehrt sehr wohl indirekte Steuern denken, welche die unteren Klassen am meisten belasten. Ein bestimmtes Verhältniß zwischen direkten und indirekten Steuern kann man gar nicht genau durchführen und ist in keinem Staate durchgeführt. Mein ganzes Finanzsystem geht dahin, Stabilität in die Finanzen zu bringen, schwankende Ueberweisungen sind nicht empfehlenswerth. Die Einzelstaaten haben genug zu thun, um ihre eigenen Ausgaben mit ihren direkten Steuern zu decken und können nicht auch noch, wie Abg. Bachem meint, die schwankenden Bedürfnisse des Reichs auf dieselben Steuern verweisen. Da mache ich darauf aufmerksam, daß Kommunalabgaben wie andere Lasten auf die direkten Steuern beruhen, so daß also alles in allem genommen sich das Verhältniß der direkten Steuern zu den indirekten seit 1873 wohl wenig verändert haben wird. Gesteigerte Matrikularumlagen würden alle deutschen Staaten verhindern, nothwendige Ausgabenmittel aufzuwenden. Viele kleine Staaten Deutschlands würden die Elastizität nicht besitzen, um durch neue Steuern die Steigerung der Matrikularbeiträge aufzubringen. In allen Großstaaten der Welt werden die Ausgaben stärker wachsen als die Einnahmen. Darum haben wir die Reform nicht auf längere Zeit gemacht. Man muß erst Erfahrungen sammeln, und kann dann sehen, wie man es später macht. Wer unser Finanzwesen in Deutschland in den letzten 20 Jahren genauer beobachtet hat, wird sagen müssen, daß unsere Einnahmen auch an Steuern in keinem richtigen Verhältnisse zu den Ausgaben gestanden haben. Das kann auf die Dauer nicht so bleiben, wenn man nicht am Boden liegen will. Wir machen hier einen kleinen Anfang auch mit der Schuldentilgung und es ist nothwendig, daß wir auf diesem Wege weiter schreiten. Daß hier eine Bewilligung von Steuern auf Vorrath beabsichtigt wird, ist durchaus nicht der Fall.

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Berathung und Unterstützungswohnsitz-Novelle.

Schluß 5½ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

7. Sitzung vom 30. Januar.

11 Uhr. Am Ministertische: v. Heyden.

Eingegangen: Gesetzentwurf betr. die Erweiterung und Vervollständigung des Staatseisenbahnnetzes, sowie die Betheiligung des Staates an dem Bau einer Eisenbahn von Wittstock nach der Landesgrenze in der Richtung auf Mirow, sowie Interpellation der Abgg. Knebel u. Gen. betr. Begnadigung wegen Forstfrevel.

Zu Mitgliedern der statistischen Centralkommission wählt das Haus auf Antrag des Abg. Graf Limburg per Akklamation die Abgg. von Manteuffel, Dr. Friedberg und Dr. Virchow.

Zum Mitgliede der Staatsschuldenkommission wird auf Antrag des Abg. Graf Limburg ebenfalls durch Zuruf der Abg. Hugo Hermes gewählt.

Hierauf beginnt die zweite Berathung des Etats. Der Etat des Kriegsministeriums wird debattelos erledigt.

Es folgt der Etat der Domänen-Verwaltung. Bei den Einnahmen: Grundhertliche Hebungen und Hebungen von veräußerten Domänenobjekten erklärt

Abg. von Mendel (kons.), er wolle den optimistischen Anschauungen über die Verhältnisse bei den Domänen in der Provinz Sachsen entgegentreten. Auch in den hochgelobten Zuckerrüben-Distrikten seien diese Verhältnisse nicht so rosig, wie sie häufig dargestellt werden. Löhne und Steuern seien erheblich gestiegen, die Preise hätten sich zu ihren Ungunsten verändert. Wenn trotzdem die Domänenpachtpreise gestiegen seien, so liege das demnach also nicht an der Rentabilität, sondern an der scharfen Konkurrenz der Zuckerfabriken, die um ihre Existenz kämpfen. Die Zuckerfabriken wachsen heute wie die Pilze aus der Erde, weil die Landwirthe nach dem Zuckerbau als nach dem letzten Rettungsanker greifen. Dauer könne dieser Zustand nicht haben und daher sei auch die auf Zuckerfabriken basirte Rentabilität der Domänen gefährdet. Er habe mit diesen Darlegungen durchaus nicht auf die Agrardebatte zurückkommen, sondern nur verhindern wollen, daß man ein falsches Bild durch die höheren Domänenpachtpreise erhalte. (Beifall.)

Der Titel wird bewilligt. Bei Titel 3 Ertrag von Domänen-Vorwerken legt

Abg. Seer (nat.-lib.) zahlenmäßig dar, daß der Reinertrag der Domänenvorwerke im Osten nur ⅓ so hoch ist wie im Westen.

Abg. Rickert (freis. Ver.) hält das beigebrachte Zahlenmaterial nicht für so beweiskräftig, um derartige allgemeine Folgerungen daran zu knüpfen, wie es der Vorredner gethan habe. Richtig sei, daß die östlichen Domänenpachterträge zurückgegangen sind. Aber man müsse die Zeit berücksichtigen, in der die Verpachtungen erfolgt seien. Früher fand eben eine unnatürliche Treiberei statt, die jetzt selbstverständlich aufgehört hat. An dem Niedergang der Pachtpreise seien auch vielfach die großen Bauten, die nothwendig wurden, Schuld. Vielleicht mache der Landwirthschaftsminister einige spezielleren Andeutungen über die Gründe der hauptsächlichsten Rückgänge der Pachtgelder. Vergleicht man die Zahlen in Dezennien, so finde man, daß wir heute noch nicht so schlecht stehen, wie vor 30 Jahren. Vielfach haben jetzt auch hervorragende Landwirthe die Ansicht, daß die Schutzzölle doch der Landwirthschaft zum Schaden gereichen würden. Unsere Landwirthschaft arbeite aber immer noch günstiger als die auswärtige Landwirthschaft. Dem Abg. v. Mendel gebe er zu, daß der Rübenbau mit Gefahren verknüpft sei. Er freue sich, daß der Vorredner nicht die Forderung erhoben habe, die Reichsgesetzgebung müsse umkehren.

Abg. Bandelow (k.) rügt, daß der Fiskus den Domänenpächter zwinge, sich in besonderen Domänen-Feuerkassen zu versichern, die einen zu hohen Prämienfatz nehmen und in denen die Gebäude zum vollen Neubauwerth versichert werden müssen.

Abg. Sieg (nl.) bittet den Minister, darauf zu sehen, daß die Domänen nicht so verfallen, daß sie bei Neuverpachtungen vollkommen neu aufgebaut werden müssen. Bei dem Bau von Arbeiterwohnungen sollte man nicht schematisch vorgehen, sondern sich nach den Verhältnissen der betreffenden Provinz richten.

Minister von Heyden: Bei der Ausführung von Bauten werde selbstverständlich auf die Verhältnisse und Bedürfnisse der einzelnen Provinzen Rücksicht genommen. Wenn man der Verwaltung vorgeworfen habe, daß sie nicht genügende Sorgfalt auf die Ueberwachung der Instandhaltung der Gebäude verwende, so finde diese Rücksichtnahme häufig ihren Grund in den schlechten Verhältnissen der betreffenden Pächter. Die Beiträge zu den Feuerkassen seien an sich nicht zu hoch; sie richten sich eben stets nach den Feuerschäden und fallen und steigen mit diesen. In diesem Jahre seien sie sehr gering. An dem ganzen System aber werde man wohl festhalten müssen.

Abg. v. Kroecher (kons.): Ich mache darauf aufmerksam, daß 7 von den 52 Domänen weniger Pacht als der Grundsteuer-Reinertrag ist und 27 von diesen 52 Domänen weniger Pacht bezahlen, als in der vorjährigen Pachtperiode. Daraus kann man doch keine Schlüsse ziehen.

Abg. v. Mendel (kons.) wiederholt seine Angaben über den Zuckerbau dem Abg. Rickert gegenüber und bemerkt, daß er bei seinen Ausführungen die Verhältnisse eines verhältnißmäßig gut situirten Zuckerproduzenten im Auge gehabt habe. Die anderen Länder folgen uns nicht nach in der Abschaffung der Zuckerprämien, sondern lachen sich in's Fäustchen, daß wir damit vorgehen. Wenn die anderen Länder auch die Zuckerprämie aufheben, dann könnten wir uns auch mit der Aufhebung bei uns einverstanden erklären, aber so nicht.

Abg. Rickert: Wir haben in Deutschland so hohe Getreidezölle, wie sonst nirgends, nach dem Vorredner aber würde es genügen, wenn alle Länder gleich hohe Zölle hätten, da er den Grundsatz vertritt, daß man bei einer gleichen Behandlung der landwirthschaftlichen Produkte in allen Ländern bestehen könne. Die Herren (rechts) weisen immer auf England als warnendes Beispiel hin. Ich halte aber die Behauptung von dem Nothstand der englischen Landwirthschaft für ein Märchen. Dieselbe hat sich in letzter Zeit nicht unbedeutend gehoben. Ich möchte den Minister um Aufklärung darüber bitten, in welchem Umfange Domänenpächtern Bauten auferlegt werden.

Geheimrath Tetzlaff: Für die Vorwerke Grieve und Unislar im Kreise Kulm sind 120 000 Mark aufgenommen worden für den Bau von Wirthschaftsgebäuden, Stallungen und drei Familienhäusern. Nähere Angaben kann ich nicht machen.

Abg. Frhr. v. Hammerstein wünscht, daß der Staat die Bernstein-Fischerei selbst übernehmen und nicht einer einzigen Firma überlassen soll.

Minister v. Heyden bemerkt, es sei ihm eine Denkschrift überreicht worden, die sehr schwere Angriffe gegen die Firma Stantien und Becker, welche die Bernsteinfischerei gepachtet haben, enthalte und auch das Bernsteinregal angreife. Er habe die Denkschrift der Staatsanwaltschaft unterbreitet und müsse nun abwarten, wie sich die Sache aufklähre. Er halte das Verhalten der Firma Stantien und Becker für ein ganz korrektes. Es sei die Bernsteinfischerei und Gräberei zweimal ausgeboten worden und es habe sich keine andere Firma dazu gemeldet. Außerdem bezahle diese Firma eine genügend hohe Pacht. Der Vertrag mit der Firma laufe bis 1901 und bis dahin könne die Regierung überhaupt nichts gegen dieselbe machen.

Nach kurzer weiterer Debatte wird dieser Titel erledigt.

Bei dem Titel 18 der Ausgaben (zur Unterhaltung und zum Neubau der Domänengebäude 2c.) wünscht

Abg. Lotichius (v. k. F.) eine Restauration des Refektoriums des Klostergebäudes zu Eberbach.

Ein Regierungskommissar erklärt dazu die Bereitwilligkeit der Domänenverwaltung, sobald sie von der Justizverwaltung, die das Gebäude jetzt benutzt, in den Besitz desselben gekommen sei.

Abg. v. Buch (kons.): An die Bemerkungen zu diesem Titel ist für die Mehrforderung als Motiv angegeben, daß in den beiden letzten Jahrzehnten die Baumaterialienpreise und Löhne bedeutend gestiegen seien. Nun sind aber augenblicklich die Baumaterialienpreise und Löhne sehr niedrig. Also trifft die Motivirung nicht zu. Diese Motivirung ist wohl einem älteren Schema entnommen?

Minister v. Heyden: Die Annahme des Vorredners trifft zu. (Heiterkeit.)

Darauf wird der Rest des Domänenetats bewilligt. Ebenso wird der Etat der Lotterieverwaltung ohne Debatte genehmigt.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Ruhegehaltskassen für Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen nichtstaatlichen Schulen und die Fürsorge für ihre Hinterbliebenen.

Abg. Hansen (ft.) beantragt Verweisung an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Abg. Seyffardt (nl.) tritt für die höheren Mädchenschulen ein und wünscht, daß diese auch wirklich als höhere Schulen anerkannt werden. Ferner wünscht er eine bessere Besoldung der Lehrer an diesen und der Mittelschullehrer. Dagegen könne die Vorlage am besten an die Unterrichtskommission verwiesen werden. Er bitte den Minister, nun aber auch für die Volksschullehrer in ähnlicher Weise zu sorgen.

Minister Dr. Bosse: Ich würde eine Verweisung an die Unterrichtskommission mit Dank annehmen und werde dort über die Einzelheiten gerne Auskunft geben. Die Gehaltsverhältnisse der Mittelschulen lassen sich nicht einheitlich regeln, da diese Schulen zu disparat sind. Es giebt alle möglichen Arten von Mittelschulen. Es liegt uns fern, die höheren Mädchenschulen herabzudrücken, wir erkennen sie gern als höhere Schulen an. Es liegt jetzt ein Entwurf vor, der sich damit beschäftigt, wie die Schulbildung der Jugend der höheren und mittleren Klassen zu regeln sei. Dieser Entwurf wird wohl schon nächste Woche zum Abschluß kommen. Jetzt haben wir nur den vorliegenden Entwurf einbringen können und auch dieser wird von den Lehrern schon dankbar anerkannt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18940131021/fragment/page=0002

Abg. v. Beckelberg (kons.) begrüßt den Entwurf mit Befriedigung und wünscht, daß die Gehaltsfrage der Mittelschullehrer auch geregelt werde. Am liebsten wäre es ihm, wenn die Vorlage an die Unterrichtskommission verwiesen würde, jedoch würde er sich auch einer Verweisung an eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern nicht widersetzen.

Abg. Dr. Glattfelder (Ctr.) bemerkt, daß wohl die Gemeinde nicht mit der Bestimmung einverstanden sein würde, wonach die Schulaufsichtsbehörde über die Pensionirung und Höhe der Pension zu entscheiden haben. Redner wünscht, daß der Minimalsatz von 250 Mark erhöht und daß die Vorlage einer besonderen Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen werde.

Abg. Schwarze (Ctr.) geht auf einige Einzelheiten der Vorlage ein, bleibt aber auf der Tribüne unverständlich.

Abg. Rickert (Fr. Verein.) wünscht aus sachlichen und formellen Gründen eine Verweisung der Vorlage an die Unterrichtskommission.

Die Vorlage wird darauf einer besonderen Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen. (Es folgt die Berathung des Gesetzentwurfs betr. Stadterweiterung und Zonenenteignung.

Abg. Ballbrecht (nl.): Der Entwurf will der eigensüchtigen Spekulation vorbeugen und hat eine hohe soziale Bedeutung, da durch ihn die Wohnungen billiger werden würden. Ob er in allen seinen Einzelheiten gut ist, das wird am besten in einer Kommissionsberathung zu prüfen sein. Ich beantrage eine solche.

Abg. Rickert: Man soll mit Gesetzen, die in das Eigenthumsrecht eingreifen, nur dann vorgehen, wenn ein dringendes öffentliches Interesse in Frage kommt. Dieser Gesetzentwurf erscheint mir aber als sehr bedenklich. Ich weiß, daß die Regierung eine Umfrage bei den verschiedenen Städten abgehalten hat, wie dieser Gesetzentwurf wirken würde und ich wünsche eine Auskunft über diese Umfrage. Ich kann dem jetzigen Entwurfe, der dem Einzelnen sein Recht zu sehr verkümmert, hauptsächlich um die Schönheit einer Stadt zu heben, nicht zustimmen.

Abg. v. Eynatten (Ctr.): Der Entwurf ist gleichmäßig zugeschnitten auf eine Millionenstadt und eine Stadt von 10 000 Einwohnern. Das ist ein Unding. Man muß, wie auch der Vorredner hervorhob, gerade in jetziger Zeit sehr vorsichtig sein mit dem Eingreifen in Privatrechte. Der in dieser Vorlage vorkommende Begriff „öffentliches Interesse" deckt sich wohl in den meisten Fällen mit dem „Kapitalinteresse". Ich wünschte, daß dieser Entwurf nicht erst an eine Kommission verwiesen, sondern hier schon abgelehnt würde.

Regierungskommissar Geheimrath Freiherr von Zedlitz: Die Stellung der Regierung diesem Entwurf gegenüber ist derselbe wie im vorigen Jahre. Sie hat mit den Einzelheiten sich noch nicht beschäftigt, nur hat sie, wie Herr Rickert bemerkte, eine Umfrage eingeleitet; diese ist aber noch nicht zum Abschluß gelangt, und es wird das Resultat derselben der Kommission vorgelegt werden. Die Regierung hat also noch keine Stellung zum Entwurfe genommen, wird aber in der Kommission durch Entsendung eines Regierungskommissars mitarbeiten.

Abg. Oswald (nl.): Einschränkungen, wo es das Gemeinwohl erfordert, verstoßen nicht gegen das allgemeine Rechtsbewußtsein. Das Großkapital hat damit gar nichts zu thun. In Frankreich, Belgien und Italien besteht eine solche Zonenenteignung schon seit mehreren Jahren und hat sich gut bewährt. Ob das Gesetz in allen Einzelheiten den berechtigten Ansprüchen genügt, das wird eine vorsichtige und gründliche Prüfung in der Kommission ergeben.

Abg. v. d. Acht (Ctr.) schließt sich den Ausführungen des Abg. v. Eynatten an.

Abg. Knebel (nl.) ist der Ansicht, daß der Entwurf genaue Bestimmungen über eine vollständige Entschädigung der Privaten enthalten müsse. Seiner Ansicht nach habe das Gesetz nicht lediglich Zweckmäßigkeits- und Schönheitsinteressen im Auge, wie Abg. Rickert meine, sondern vor Allem wolle es für die Gesundheit der Stadtbewohner sorgen. Daß dabei auch nebenbei solche Zweckmäßigkeits- und Schönheitsrücksichten mit berücksichtigt würden, sei nur lobenswerth. Es wende sich dazu hauptsächlich gegen die Bauspekulanten. Im Westen werde das Bedürfniß nach einem solchen Gesetz naturgemäß mehr empfunden, als im Osten, da dort der Grund und Boden mehr parzellirt ist. Dort seien auch schon in einzelnen Städten ähnliche Vorschriften erlassen. Ihm erscheine es jedoch fraglich, ob es wünschenswerth sei, die Leitung des Verfahrens in die Hände der Gemeindebehörden zu legen, da diese doch immer dabei interessirt seien. Ferner habe er noch einzelne Bedenken gegen den Entwurf, doch halte er den Entwurf im Allgemeinen für einen sehr nützlichen und hoffe, daß auch die jetzigen Gegner desselben später sich mit ihm befreunden würden.

Abg. Dr. Irmer (kons.) meint, die ganze Tendenz des Gesetzes gehe dahin, von vornherein das ganze Weichbild der Stadt als Bauspekulationsobjekt zu betrachten. Er halte das Anwachsen der großen Städte für keinen Segen und man müsse allen gesetzgeberischen Maßregeln entgegentreten, die das Anwachsen der großen Städte beförderten. Der Entwurf sei auch geeignet, die Rechte der Bauhandwerker noch zu vergrößern, für welche man mit gesetzlichen Maßregeln eintreten solle. Auch das Miethskasernenwesen würde durch das Gesetz nur gefördert werden. Es liege ihm fern, eine Vorlage, die vom Herrenhause angenommen sei, hier a limine abzulehnen. Darum sei er auch für Kommissionsberathung, besonders da auch in der Kommission die Frage der Bauhandwerker geprüft werden könne. Sodann wünscht er eine solche Aenderung des Straßenbaugesetzes, daß für den Bau von Kirchen mehr Platz entstände.

Abg. v. Eynatten (Ctr.) empfiehlt nochmals eine eingehende Prüfung in der Kommission und befürchtet ein Ueberhandnehmen der Bauspekulation in Folge dieses Gesetzes.

Abg. v. d. Acht (Ctr.) erklärt, daß er wünsche, daß der kleine Besitzer, der kleine Handwerker nicht von seiner Stelle an den Hauptgeschäftsadern, wo er noch hie und da sei, verdrängt werde, wie das nach diesem Gesetze geschehen würde.

Abg. Knebel (nl.) bemerkt, man müsse das Gesetz von dem höheren Gesichtspunkte der Gesundheitsförderung aus betrachten und bestreitet, daß eine Zunahme der Spekulation die Folge des Gesetzes sein werde. Seine Partei werde in der Kommission gerne die Bestrebungen derjenigen unterstützen, welche die Rechte der Besitzer wahren wollen.

Damit schließt die Debatte.

Das Gesetz geht an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr (zweite Berathung der Etats des Finanzministeriums, verbunden mit der Denkschrift über Dienstaltersstufen, Justizverwaltung, Kronfideikommiß 2c.).

Schluß 3 Uhr.

Gerichtsverhandlungen.

Halle, 30. Jan. [Widerstand. — Sittlichkeitsverbrechen. — Eisenbahnunfall.] Der 28jährige Arbeiter Eduard Friedrich Stolze hier hatte am Abend des 30. Sept. v. J. auf dem Marktplatze ungebührlicher Weise durch Lärmen die Ruhe gestört, dann einen Polizisten durch unanständige Redensarten beleidigt und demselben bei Abführung zur Wache gewaltsamen Widerstand entgegengesetzt. Dafür war der Angeklagte vom hiesigen Schöffengerichte zu 3 Monaten Gefängniß und wegen des Lärmens zu 3 Tagen Haft verurtheilt worden. Die Strafe erschien ihm zu bedeutend, weil er angeblich keinen Widerstand geleistet und nur in Trunkenheit sich ein wenig vergangen habe. Des Angeklagten Berufung wurde aber verworfen, weil die erkannte Strafe mit Rücksicht auf seine Vorstrafen angemessen erschien. — Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde gegen den 23jährigen Arbeiter Thomas Nowack aus Göttnitz bei Stumsdorf wegen Sittlichkeitsverbrechen (§ 176, Abs. 3 Str.-G.-B.) verhandelt. Er wurde zu 2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurtheilt. Zur Bewilligung mildernder Umstände war die Sache nicht geeignet. — Ebenfalls unter Ausschluß der Oeffentlichkeit fand die Verhandlung gegen den 34jährigen Steinbruchsarbeiter Richard Friedrich Wilhelm Bähr aus Landsberg (Bez. Halle) statt. Der Angeklagte, verheirathet und Vater von 3 Kindern, ist wegen Sittlichkeitsverbrechen bereits fünfmal vorbestraft mit ½ Monaten, 7 Monaten usw. zusammen mit 3 Jahren 8 Monaten Gefängniß. Die letzte Strafe hatte er am 24. Nov. v. J. verbüßt und gleich darauf am 25. Nov. in Giebichenstein auf dem dortigen Friedhofe wiederum an einem 7jährigen Mädchen ein Attentat angedeuteter Art, am 2. Dez. an einem andern 7jährigen Mädchen einen verbrecherischen Versuch verübt und war dabei überrascht worden. Es erschien geboten, Bähr auf seinen Geisteszustand ärztlich untersuchen zu lassen, weshalb die Sache vertagt wurde. — Ein am 16. Mai v. J. früh gegen 7 Uhr auf dem Bahnhofe Teutschenthal beim Rangiren geschehener Zusammenstoß mehrerer Wagen hatte eine Anklage wegen fahrlässiger Gefährdung des Transportes auf einer Eisenbahn zur Folge gehabt gegen den Rangirarbeiter Wilhelm Wernicke aus Dösel bei Wettin und den Hilfsweichensteller Georg Scharfenberg aus Wolteroleben bei Nordhausen, beide in Teutschenthal angestellt, 44 Jahre alt und seit langer Zeit im Dienst. Beide sollten durch Pflichtvernachlässigung in ihrem Berufe jenen Zusammenstoß und die dadurch entstandene Beschädigung von Wagenmaterial und Frachtgütern verschuldet haben, da sie ihre Instruktion betreffs des Rangirens nicht genau befolgt hätten. Die Beweisaufnahme führte unter Hinzuziehung des Sachverständigen-Gutachtens dazu, daß Scharfenberg zu 1 Tag Gefängniß verurtheilt, Wernicke aber freigesprochen wurde.

Leipzig, 30. Jan. (Telegramm.) Das Reichsgericht lob das Urtheil vom 21. Oktober, durch welches der Chefredacteur der „Vossischen Ztg." Stephany, wegen Beleidigung des früheren Gouverneurs von Deutschostafrika, v. Soden, freigesprochen wurde, auf und verwies die Sache zur anderweiten Verhandlung an das Landgericht II Berlin.

b Gera, 30. Jan. [Fleisch von krankem Vieh.] Der Rittergutsbesitzer Schladebach aus Hohenpreuß hatte sich gestern vor hiesiger Strafkammer zu verantworten. Er war beschuldigt, sich durch Verkauf von Fleisch einer an eiteriger Gebärmutter-Entzündung erkrankten Kuh, die kurz nach der Kalbung operirt worden war, gegen das Nahrungsmittel-Gesetz vergangen zu haben. Nach Ansicht des Gutachters ist diese Krankheit wohl geeignet gewesen, durch den Genuß des infizirten Fleisches eine Vergiftung herbeizuführen. Leider sei es im Publikum, besonders auf dem Lande, üblich, mit den Nothschlachtungen bis zum letzten Moment zu warten, wodurch vermöge des Hinziehens der Krankheit das Fleisch der Gesundheit des Menschen immer gefährlicher und schädlicher werde. Der Angeklagte wurde zu hundert Mark Geldstrafe bezw. 2 Wochen Gefängniß verurtheilt.

Vermischtes.

Eine geheimnißvolle Sendung. Eine aus Paris an den Kaiser adressirte Sendung erregt, nach dem „Kl. Journ.", gegenwärtig in Berlin Aufsehen. Am Donnerstag gelangte ein umfangreiches und schweres Couvert, das als Aufgabeort den Poststempel Paris trug, an die Adresse der Herren Alois und Rudolph Monacher, Besitzer des bekannten Hotel- und Café-Restaurant-Etablissements „Saxonia" in der Königgrätzerstraße. Das französisch adressirte Couvert enthielt einen mit folgender Adresse versehenen verschlossenen Brief: „A Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Berlin" und an seinem oberen Rande die dreimal unterstrichene Bemerkung: „Lettre absolument personelle." Der an die Herren Monacher gerichtete Begleitbrief lautet in der Uebersetzung ungefähr wie folgt: „Paris, rue St. Denis, den 23. 1. 94. Geehrte Herren! Ich entnahm die Adresse Ihres Etablissements dem „Journal de Berlin" und ersuche Sie hierdurch um Erweisung eines Dienstes, durch dessen Erfüllung Sie mich zu besonderem Danke verpflichten würden, da die Sache von der größten Wichtigkeit ist. Ich bitte Sie nun, beigeschlossenen Brief, sei es durch die Post, sei es durch ein anderes Ihnen zu Gebote stehendes Mittel, an seine Adresse gelangen zu lassen. Genehmigen Sie den Ausdruck meines wärmsten Dankes im voraus, sowie die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung. Gerard de Bernières." Am Freitag ist der Brief, zu dessen Bestellung der Absender einen etwas sonderbaren Weg eingeschlagen hat, der Kabinetskanzlei des Kaisers übergeben worden.

„Eine Flasche alten Weines." Als der greise Marschall „Vorwärts" (General Blücher) auf einer Reise durch sein Vaterland auch der Hansestadt Hamburg einen Besuch abstattete, wo er unter dem stürmischen Volksjubel und Festlichkeiten fast erlag, vergaß er seiner alten Bekannten nicht und so besuchte er denn auch die Wittwe Klopstock's, den er persönlich gekannt und an dessen Grabstätte in Ottensen bei Altona er stets nur mit entblößtem Haupte vorüberging. Die Wittwe war so entzückt über den Besuch des zweiten „Herrmann," wie sie Blücher nannte, daß sie ihm eine Flasche Tokayer vorsetzte, welche nach der Anordnung des Heimgegangenen fast dreißig Jahre schon für irgend ein ungewöhnliches Ereigniß aufgespart worden war. „Es ist dies," äußerte die Wittwe, ebenso herzlich als sinnig, „die letzte Flasche von sechs, welche Klopstock einst vom Kaiser geschenkt erhielt. Diese sechste Flasche — sagte Klopstock zu mir, als die andern fünf geleert waren — wollen wir erst an einem besonders feierlichen Tage anbrechen." . . Mein Klopstock starb und die Flasche blieb unberührt; aber lebte er noch, so würde er mit mir sagen: „Heute ist jener feierliche Tag erschienen — einen feierlicheren haben wir nicht zu erwarten!" — Eine andere „Flaschengeschichte," die wieder vom Fürsten Bismarck handelt, findet sich in einer im Verlage von Eduard Rentzel erschienenen Broschüre. Es wird dort unterm 16. April 1892 erzählt: Dr. Hoffmann (der vermittelnde Redacteur der „Hamb. Nachr.") trifft den Fürsten in seinem Arbeitskabinet auf dem Sopha sitzend und eine halbe Flasche Champagner trinkend, jedoch ohne Glas, nur die Flasche an den Mund setzend. Der Fürst entschuldigt sich und sagt, Professor Schweninger habe ihm diese unliebsame Art, Champagner zu trinken, verordnet, damit er die heilsame Kohlensäure völlig in sich aufnehme. Er müsse das jedem sagen, damit er nicht in den Verdacht komme, „ein heimlicher Trinker zu sein."

Baron und Baronin Seefried. Das jungverwählte Paar, dessen Herzensroman in der Oeffentlichkeit so viel besprochen wurde, ist nach der Hochzeitsreise im Süden, die es unter Bewahrung des strengsten Inkognitos unternahm, bekanntlich vor acht Tagen in Troppau in Oesterreichisch-Schlesien angekommen, wo Baron Otto Seefried als Lieutenant in das Infanterie-Regiment Kaiser Franz Joseph Nr. 1 eintreten wird. So lange der Baron dort in Garnison bleibt, wird die schlesische Landeshauptstadt auch der Wohnsitz seiner Gemahlin, der Enkelin des Kaisers, der früheren Prinzessin Elisabeth von Bayern, sein. Bisher hat das freiherrliche Paar Appartements im troppauer Hotel „zum römischen Kaiser" inne, voraussichtlich wird es aber bald eine passende eigene Wohnung beziehen, die entsprechend der Abkunft und dem Range der jungen Baronin eingerichtet werden dürfte. Bemerkenswerth ist nun, daß sich Baron und Baronin Seefried selbst mit den Ankäufen und Bestellungen für ihre künftige Wohnungseinrichtung befassen, von denen sie einen Theil in Wien gemacht haben. Auf der Reise nach Troppau hat das junge Paar drei Tage sich in Wien aufgehalten. Sie wahrten auch dort ihr Inkognito, gaben aber in mehreren Geschäften, wo sie Bestellungen machten, die Adresse an, unter welcher die bestellten Gegenstände nach Troppau zu schicken seien, doch wurde dabei Beobachtung der Diskretion empfohlen. Baronin Seefried war als Prinzessin Elisabeth wiederholt bei Hofe in Wien, scheint aber während ihres jüngsten Aufenthaltes bei ihren Fahrten und Rundgängen durch die Stadt von Niemand erkannt worden zu sein. Unter anderen erschienen Baron und Baronin Seefried in einem Etablissement für Haus- und Küchenausstattungen und haben daselbst den Ankauf des ganzen praktischen Bedarfs für ihr neues Heim in Troppau besorgt.

Eile mit Weile! Der Minister des öffentlichen Unterrichts in Frankreich hat den Oberstlieutenant Bergnin, der seit fünf Monaten tödt ist, den vor ungefähr einem Jahre verstorbenen Stadtsekretär von Ksnières und den Schriftsteller Turpin de Sansay, der sogar schon seit drei Jahren nicht mehr unter den Lebenden weilt, zu „Akademie-Offizieren" ernannt!

Die pariser Katakomben gefährdet. Das pariser Stadtviertel der Santé, das sich über den Katakomben erhebt, ist eine Beute des Schreckens geworden. Dieselben Erscheinungen wie in Eisleben treten auf; die Häuser bekommen plötzlich gewaltige Risse und der Erdboden klafft an mehreren Stellen auseinander. Viele Bewohner schleppten ihre Möbel fort und verbrachten die Nacht im Freien. Die Untersuchung ergab, daß eine Anzahl Steinpfeiler in den Katakomben tragunfähig geworden ist. Nur und die schleunigste Polzung verhinderte eine Katastrophe. Die Bevölkerung bleibt trotzdem höchst beunruhigt.

Père Fleutelot. Die Geschichte des Geizhalses, der im größten Elend, als Bettler, lebt, an Entbehrung stirbt und dann einen schweren Geldsack hinterläßt, ist schon so oft vorgekommen, daß man kaum noch auf eine neuere Wiederholung acht giebt. Aber das Beispiel des Père Fleutelot, der dieser Tage zu Auxerre im Alter von 85 Jahren starb, ist doch zu einzig, zu großartig um nicht erwähnt zu werden. Der „Voss. Ztg." wird über diesen Menschen aus Paris geschrieben: Der Père Fleutelot durchstreifte seit Menschengedenken, wenigstens seit fünfzig Jahren, tagtäglich die Gassen der Stadt, um Holzstücke, Kohlen, Lumpen, Zigarrenstummel und sonstige Abfälle zu sammeln. Er war dabei in Lumpen gehüllt und sah so armselig aus, daß manche gute Seele ihm freiwillig ein Almosen gab. Als nach seinem Ableben die Gerichtsbehörde in Anwesenheit der Erben die überaus schmutzige und verfallene Wohnung versiegelte, wurden im Keller vierhundert Flaschen Bordeaux entdeckt, die förmlich in Staub und Spinngeweben verschüttet dalagen. Dieser Wein ist 1790 geherbstet worden; Fleutelot hatte die vierhundert Flaschen von seinen Eltern geerbt, aber nie angerührt und keine einzige davon getrunken. Während des letzten Krieges blieb sein Haus unangetastet, da jedermann sich scheute, dem alten, schmutzigen Bettler Einquartirung zuzumuthen. Die Erben wußten, daß er Vermögen besitzen müsse. Aber in allen Schränken und Spinden, Stellbrettern und Schreibtischen des Hauses wurden nur Staub und Spinngewebe entdeckt. Endlich fand man in einem Winkel des Speichers eine alte wurmstichige Kiste, ohne Schloß und mehrfach geborsten, der Deckel bloß anliegend. Sie war mit Werthpapieren jeder Größe und Farbe vollgepfropft, alle in größter Unordnung durcheinander. Zusammen waren es für 910,000 Fr. Werthpapiere, deren Zinsschichte seit 1883 nicht mehr abgetrennt waren und deshalb heute eine Summe von 140,000 Fr. darstellen. Auch Geld wurde gefunden. Fleutelot hinterläßt außerdem ein großes Gut bei Villeneuve-sur-Yonne, das seit fünfzig Jahren ganz sich selbst überlassen geblieben ist. Die Gebäude sind zerfallen, die Ländereien eine Wildniß, die 100 ha Holz sind zu einem ordentlichen Urwald gediehen. Der Père Fleutelot ist vor Hunger und Kälte gestorben, wird verschert. Aber die Thatsache, daß er 85 Jahre alt geworden, ist doch auch ein Beweis, daß Entbehrungen, geringe Nahrung und Mangel aller Bequemlichkeiten gewissen Naturen zuträglich und kein Hinderniß sind, ein hohes Alter zu erreichen. In Paris kann man dies täglich beobachten. In den Armen- und Arbeiterviertels sind Leute über achtzig Jahre sehr häufig. Jedes Jahr sterben hier Leute von 90 bis 100 Jahren. Vor Jahren unterstützte die Armenverwaltung 400 Personen von mehr als 84 Jahren, 650 im Alter von 81 bis 84 Jahren. Die St. Vinzenzkonferenz bei der deutschen St. Josephkirche in der Villette zählt jetzt in 58 unterstützten Familien über Personen, die achtzig Jahre oder noch älter sind, darunter eine Wittwe von 96 Jahren. Freilich sind die meisten alten Leute nicht in Paris geboren. Aber dies ist auch beim größten Theil, bei vollen zwei Dritteln, der gesammten pariser Einwohnerschaft der Fall.

Auf in den Kampf, Torero! In Sevilla ist jüngst ein junger italienischer Graf eingetroffen, in der Absicht, sich in die Stammrolle der weltberühmten Stierkämpferschule eintragen zu lassen. Diese Schule leitet mit großem Erfolge zum Heile der Kunst der gelehrte „Professor der Tauromachie" D. Antonio Cormona, ein Stierfechtkreisen unter dem Namen „Gordito" — zu deutsch etwa „Dickerchen" — bekannt und geschätzt. Der junge Italiener hat einem Stiergefechte beigewohnt, das vor einiger Zeit von spanischen Toreros in Palermo veranstaltet wurde; die Wirkung dieses Schauspiels auf ihn war so groß, daß er mit jenem denkwürdigen Tage beschloß, sich mit Leib und Seele den Stieren zu widmen. Diesem Lebenszweck zulieb hat der Graf die kirchliche Laufbahn aufgegeben, die er vor einigen Monaten eingeschlagen hatte. Wohge der junge Herr den guten Rath beherzigen, den ihm ein in Madrid erscheinendes, mit den Geheimnissen der Stierfechterei vertrautes Blatt ertheilt, und der also lautet: „Theurer Graf, halten Sie stets die Augen offen, weit offen. Wenn der Stier zur Rechten geht, gehen Sie zur Linken; geht der Stier aber zur Linken, dann gehen Sie sofort rechts ab. Am besten aber wäre es, theurer Graf, wenn Sie schleunigst zu Ihrer Frau Mama zurückkehren wollten!"

Jüdische Chinesen. Ein Colporteur der „National Bible Society of Scotland for North-China" besuchte unlängst die Stadt Kaifungfu, in der Provinz Honan, wo vor einigen Jahrhunderten eine große Juden-Kolonie sich angesiedelt hatte. Zur Zeit existiren dort nur sechs Familien, Namens Kao, Tschao, Ai, Li, Schih und Tschin; sie zählen zusammen vielleicht 300 Köpfe; einige Mitglieder haben noch einen stark jüdischen Typus. Von ihrer alten Religion wußten sie fast gar nichts mehr; auch haben sie keinen Tempel, obschon sie sämmtlich um die Stätte herum wohnen, wo ursprünglich ihre Haupt-Synagoge stand. Sie betreiben zumeist Handwerke, wie Schneiderei und Schusterei, oder

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18940131021/fragment/page=0003

Oeffentliche Erklärung.

Es ist mir eine Einladung des Herrn Otto Hermann zu einer öffentlichen Tischlerversammlung nach den Kaiserlälen zugestellt, in welcher über das Thema: „Wie rechtfertigt der Magistrat und die Stadtverordneten das Vergeben von städtischen Arbeiten nach außerhalb" verhandelt werden soll. Dieses sowie der Umstand, daß in Kreisen, welche sich dafür interessiren, das Gericht verbreitet ist, ich hätte die mir vom hiesigen Magistrate aufgegebene Probearbeit für den neuen Stadtverordnetensitzungssaal nicht angefertigt, veranlassen mich, zur Richtigstellung und um weiteren Irrthümern vorzubeugen, zu erklären, daß die Probearbeit, bis auf ein Geringes fertiggestellt, noch heute bei mir zu besichtigen ist. Es war mir auch Gelegenheit gegeben, an diesen Arbeiten betheiligt zu sein. Deshalb hatte ich in dem Submissionstermine vom 16. August ein so niedriges Gebot (circa 4400 Mark unter der nächsten Concurrenz) in der Voraussetzung abgegeben, dadurch den Zuschlag auf mindestens einen Theil der Arbeiten zu erhalten und durch beste Ausführung zu beweisen, daß ich auswärtiger Concurrenz durchaus gewachsen bin.

Zur Aufklärung über die nun folgenden Verhandlungen veröffentliche ich hiermit die einschlägige Correspondenz.

Halle a/S., den 30. Januar 1894.

C. Hauptmann, Möbelfabrikant.

*

Halle a/S., den 26. August 1893.

Unter Bezugnahme auf die Offerte vom 16. ds. Mts. die Kunsttischlerarbeiten zum Hauptgeschoß des Rathskellerneubaues betreffend, theilen wir Ihnen ergebenst mit, daß wir beabsichtigen, Ihnen die Ausführung der Kunsttischlerarbeiten zum Sitzungssaal I zu übertragen, wenn Sie sich verbindlich machen, eine Pfeilerbekleidung als Probestück auszuführen.

Nachdem diese Arbeit fertiggestellt und von dem Architekten Schreiterer als tüchtig befunden worden ist, werden wir Ihnen den Auftrag definitiv ertheilen.

Wegen der Detailzeichnungen wollen Sie sich gefälligst mit der Bauleitung in Verbindung setzen. Einer umgehenden Erklärung, ob Sie bereit sind, das Panneelstück als Probe anzufertigen und in welchem Zeitraum, sehen wir mit Interesse entgegen.

Der Magistrat. Staude.

*

Halle a/S., den 28. August 1893.

An den Wohllöblichen Magistrat zu Halle a/S.

In höflicher Beantwortung der gefl. Zuschrift vom 26. August cr. (J. No. 7160/93. B. A.) theile ich ergebenst mit, daß ich gern bereit bin, eine Pfeilerbekleidung des Sitzungs-Saales I im Rathskellernebau (Mittelsaal, Ausführung in italienisch Nußbaum) als Probearbeit auszuführen und innerhalb 4 Wochen nach Empfang der Detailzeichnungen fertig zu stellen.

Gefälligem festem Auftrage auf Ausführung der Kunsttischlerarbeiten für diesen Saal sehe ich gern entgegen.

Ergebenst

(gez.) **C. Hauptmann.**

*

Auf mein Ersuchen vom 1. September, an Herrn Stadtrath Keferstein, genannter Herr möchte die Baucommission veranlassen, von mir gelieferte ähnliche Arbeiten und Möbel bei Herrn Commerzienrath Hübner, sowie bei Frau Commerzienrath Riebeck zu besichtigen, damit eine Probearbeit erlassen werde, ging folgendes Schreiben vom 7. September, am 8. oder 9. September bei mir ein:

Halle a/S., den 7. September 1893.

An den Möbelfabrikanten Herrn C. Hauptmann, hier.

Auf das Schreiben an Herrn Stadtrath Keferstein vom 1. d. Mts. erwidern wir Ihnen ergebenst, daß wir nicht in der Lage sind, Ihnen die Kunsttischlerarbeiten zum Hauptgeschoß des Rathskeller-Neubaues ohne Anfertigung eines Probestückes zu übertragen.

Das Probestück soll ein Feld der Vertäfelung umfassen und mit den äußeren Gehrungen der Pilaster abschneiden.

Die darauf bezüglichen Zeichnungen empfangen Sie hierbei und ersuchen wir Sie, die Arbeiten recht zu beschleunigen, damit wir bald in der Lage sind, bei sorgfältiger und tüchtiger Ausführung derselben, Ihnen den definitiven Auftrag ertheilen zu können.

Der Magistrat. Schmidt.

*

Halle a/S., den 2. Oktober 1893.

Es ist uns bekannt geworden, daß die Arbeiten an dem von Ihnen für die Kunsttischlerarbeiten des Stadtverordneten-Sitzungssaales im Rathskeller anzufertigenden Probestück erst wenig vorgeschritten sind. Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß die von Ihnen für die qu. Arbeit gewünschte vierwöchige Frist am 5. d. Mts. abläuft und erwarten mit Bestimmtheit, daß das Probestück zu diesem Termin fertig gestellt wird. Zu einer Verlängerung des Termines werden wir uns nicht bereit finden lassen.

Der Magistrat. Schmidt.

*

Halle a/S., den 6. Oktober 1893.

Wir theilen Ihnen ergebenst mit, daß wir auf die Vorlegung eines Probestückes für die Kunsttischlerarbeiten im neuen Stadtverordneten-Sitzungssaale nunmehr verzichten, nachdem Sie die auf Ihren Wunsch für die Anfertigung desselben festgesetzte vierwöchige Frist nicht innegehalten haben. Wir haben beschlossen, die Arbeit anderweit in Auftrag zu geben.

Der Magistrat. Schmidt.

*

Halle a/S., den 8. Oktober 1893.

An ergebenster Beantwortung des gefälligen Schreibens vom 6. cr. (J.-No. 8957/93 B. A.) theile ich ergebenst mit, daß das Probestück am Dienstag den 10. d. M. fertig gestellt sein wird. Die geringe Verspätung der Lieferung bitte ich mit den Schwierigkeiten zu entschuldigen, welche die Beschaffung von italienischem nußbaum Holz im trockenen Zustande gemacht haben. Zum Nachweise füge ich den Bescheid des Hamburger Maklers bei, welcher selbst auf diesem Weltmarkt kein trockenes Holz der gewünschten Art nachweisen konnte, sowie der sehr bedeutenden Frankfurter Firma; von den übrigen Firmen mit welchen ich deswegen verhandelte, theils mündlich durch ihrer Vertreter, theils per Telephon, erhielt ich immer ähnliche Bescheide, bis ich endlich nach vieler Mühe Mitte September Holz erhielt, das ich aber erst zum Trocknen auf meine Wärmplatten legen mußte. Es ist nicht etwa Nachlässigkeit oder Versäumniß die Ursache dieser Verspätung, sondern trotz gutem Willen ließ sich das Material nicht früher beschaffen, obgleich ich die diesbezüglichen Verhandlungen vor Eingang der Bestellung von Seiten des Magistrats begonnen hatte, wie das Datum des Briefes aus Hamburg nachweist. Jeder andere Unternehmer würde dieselben Zeitverluste gehabt haben und auch für die Folge haben, während ich heute im Besitze des Materials für die ganze Arbeit bin und sofort damit beginnen könnte.

Es drängt sich mir auch die Annahme auf, daß die Ablage der Probearbeit erfolgt ist, weil ich die Stühle für das Restaurant nicht alle rechtzeitig geliefert hatte. Ich gebe hierbei ergebenst zur Erwägung, daß der Vertrag über die Lieferung wohl vom 19. Juli datiren kann, daß aber die Zeichnungen mir erst am 3. August zugestellt wurden, es war also ein Viertel der Gesammtlieferzeit verstrichen, ehe ich nur erfuhr, wie ich Stuhl und Tisch arbeiten sollte, ehe ich überhaupt beginnen konnte! Und als ich dies dann endlich wußte, waren andere Holzstärken erforderlich, als die in der Submission und dem Vertrage, welcher doch auf dem Probestuhl-Inserate, vorgelegenen, auf welche ich mich doch vorbereitet hatte!! Ohne diese Versäumniß und auch ohne diese nachträglichen Aenderungen wären die Stühle längst für mich vergessen gewesen, denn es fehlte zum Schlusse doch nur an den Flechtern, sodaß ich Sitze zum Flechten auf das Amtsgerichtsgebäude geben mußte, sehr zu meinem Bedauern, um nur überhaupt fertig zu werden!

Ich bitte deshalb, dies mir nicht in so empfindlichem Maaße anzurechnen, die Probearbeit zu besichtigen und mir die Arbeit ganz anzuvertrauen, da ich doch auch das Material dazu gekauft habe; für sauberste und pünktlichste Ausführung bleibe ich bemüht, ich habe auch jetzt keine andere Arbeit vor.

Ergebenst

gez. **C. Hauptmann.**

An den Wohllöblichen Magistrat zu Halle a/S.

*

Halle a/S., den 9. Oktober 1893.

Auf das gefällige Schreiben vom 8. dts. Mts. theilen wir Ihnen unter Rückgabe der Anlagen desselben ergebenst mit, daß die Kunsttischlerarbeiten für den Stadtverordneten-Sitzungssaal bereits anderweit in Auftrag gegeben sind.

Der Magistrat. Staude.

Groesstes **Patent** Bureau DEUTSCHLANDS
H. W. Pataky
CENTRALE
BERLIN NW. 500 Luisenstr. 25a.
VERTRETER für PATENT-VERWERTUNG!
Bis z. 23 Nov. 1893 für über 2 Millionen Mrk VERWERTUNGS-VERTRÄGE abgeschlossen
PROSPECTE gratis & franco!
Vertreter in Halle: **W. Packebusch,** Merseburgerstrasse 23.

Helm'sche Malzbonbons
Georg Zeising.

Thee.
Special-Mischung nach ostfriesischem Geschmack. Hochfeines Aroma, größte Ausgiebigkeit, à ℳ 1.60 p. 250 Gramm versendet **Enno Sebes Nachfl.** in **Leer,** Ostfriesland.

Garantirt rein und ächten
Malaga, Sherry u. Portwein
anerkannt vorzügliches Stärkungsmittel für Kinder und Kranke
Als Dessert- u. Frühstücks-wein das Feinste
empf. in Flaschen à 3/4 u. 3/8 Liter
Theod. Drietchen, Wörmlitzerst. 109.
Gust. Thomas, Thorstrasse 34.

Hamburger PASTILLEN
der
Rathhaus-Apotheke in Hamburg.
Ein vorzügliches Lösungs- und Linderungsmittel bei allen catarrhalischen Affectionen d. Luftwege, **Husten, Heiserkeit,** belegter Stimme, **Brust- und Halsleiden.**
Geschmack sehr angenehm, nicht bitter!
Nicht zu verwechseln mit Mineralsalz-Pastillen.
Nur echt, wenn jedes Schachtel die hier beigedruckte Schutzmarke führt.
Preis pro Schachtel mit Gebrauchs-Anweisung Mark 1
Zu haben in:
der Kaiserapotheke (Apoth. Fritz Frank), Löwenapotheke (Apoth. Paul Trelst), Hauptdepot Wilh. Kathe in Halle a. S.; ausserdem in Cöthen in der Löwenapotheke, in Hötensleben bei Apoth. Fr. Keil

Hirsch-, Dam- u. Rehwild
im Ganzen und in zerlegten Stücken, fette **Puten, Fasanen** u. **Birkwild,** schiffrische starke **Hasen,** in Eis gefroren, empfehlen zu billigen Preisen
Krabs & Keller, [s
Magdeburgerstr. 7 und Wochenmarkt.

Hasenklein
von 3 Stück zu 50 ₰ an [s
verkaufen Krabs & Keller.

9 Pfd. Ia. Allgäuer
Süßrahmtafelbutter
versendet gegen Einsendung oder Nachnahme von ℳ 10.50 [ad
P. Siegerist, Wangen i/Allgäu.

Empfehle den geehrten Herren **Bau- und Maurermeistern** zur Bausaison
besten
Bennstedter Weißkalk
zu billigsten Tagespreisen in Fuhren und kleineren Posten bis zur Baustelle.
Bernhard Hennig,
ar] **Bennstedt.**

Düngegyps,
bestes und billigstes Einstreumittel in Viehställe 2c., empfiehlt in Waggonladungen billigst [ad
Wilh. Putzmann, Gypsfabrik,
Creisfeld b. Eisleben.

Kopfschuppen u. Haarausfallen
werden innerhalb 8 Tagen beseitigt unter Garantie durch Anwendung des **Peruanischen Tannin-Balsams.**
Hauptniederlage bei
Herm. Petsch, Friseur u. Parfümerie-Specialitäten-Handlung, **Artikel für Haar- u. Bartpflege,** Leipzigerstraße 27.

Graue Haare
erhalten eine prachtvolle echte, nicht schmutzende, hell- o. dunkelbraune Naturfarbe durch unser gar. unschädl. Original-Präparat „Crinin", Preis 3 Mark. [ad
Funke & Co., Parfumerie hygiénique, Berlin, Wilhelmstrasse 5.

Die feinste frischeste Butter
kaufen Sie bei
F. H. Krause, Gr. Ulrichstr. 24.
Daselbst kaufen Sie [r
das vorzüglichste reine Schweineschmalz,
ebenso **frische große Trink-Eier.**

Badische Weine
Gebr. Schlager, Lahr i. B.
Prämiirt auf sämmtlichen beschickten Ausstellungen.
Patentkellerei seit 1876.
Offeriren hierdurch, da wir nicht reisen lassen:

Weißweine:						
Kaiserstühler, angenehmer Tischwein	45	50	60	70	80	Pf.
Markgrafler, feiner Tafelwein	60	70	80	90	100	„
Ortenauer, bo. süß und kräftig	60	65	75	80	120	„
Durbacher, bo. bouquetreich	80	90	100	120	140	„
Rotheweine:						
Kaiserstühler, mild und angenehm	70	80	90	120	„	
Zeller, Ersatz für feinen Bordeaux	100	120	130	140	„	
Affentaler, desgleichen, gerbstoffreich	120	130	140	160	„	

Preise ab Lahr, pro Liter in Leihgebinde; für 3/4 Ltr. Fl. incl. Verpackung die 3 Preisigen rechts. **Garantie für reine Traubenweine.** [ad

LIEBIG Company's FLEISCH-EXTRACT
Nur aecht wenn jeder Topf den Namenszug J. v. Liebig in blauer Farbe trägt.
Man verlange ausdrücklich: Liebig Company's Fleisch-Extract.

Münchener Spatenbräu
empfiehlt und liefert 18 Fl. für 3 Mk.,
Kulmbacher Exportbier
von vorm. **Carl Petz,** jetzt Actien-Gesellschaft, empfiehlt u. liefert 20 Fl. f. 3 Mk., **Freyberg-Bräu** und **Lagerbier** von **Herm. Freyberg,** sowie **Pilsener Bier** aus der Feldschlößchen-Brauerei vorm. **G. & H. Schulze,** Halle a/S., empfiehlt und liefert 30 Fl. f. 3 Mk. frei Haus die
Exportbier- und Fruchtwein-Handlung von
Franz Köppe, Gr. Rittergasse 13.
Daselbst **Deutsches Porterbier, Gose vom Rittergute Döllnitz,** sowie **Weizenlagerbier.** [r

Obst- und Beerenweine
aus der **Kelterei** von **C. Wesche, Quedlinburg,**
prämiirt mit vielen goldenen Medaillen und ersten Preisen.
Johannisbeerwein, nach den Urtheilen von Autoritäten und vielen namhaften Aerzten ebenso gut als echter Tokayer und auch im Geschmack von diesem nicht zu unterscheiden.
Stachelbeerwein, etwas herber, voller Ersatz für Sherry.
Heidelbeerwein, nach dem Gutachten des Städt. chem. Laboratoriums Stuttgart, den besten Rothweinen an die Seite zu stellen.
Preise:

Johannisbeerwein, weiß und roth	à Fl. 100 ₰
Stachelbeerwein	à Fl. 100 ₰
Heidelbeerwein	à Fl. 90 ₰

Niederlage für **Halle** bei [r
Franz Köppe, Gr. Rittergasse 13,
Wein- und Bierhandlung.

Ihr Kinder,
bittet Eure Mama, daß sie Euch mit Thierack's hygienischer Fettseife Nr. 690 (Preis pr. Stück nur 25 Pfg.) wäscht. Thierack's hygienische Fettseife Nr. 690 ist wegen ihrer Milde als Kinderseife besonders empfehlenswerth und sollte jede Mutter mit dieser billigsten aller fein parfümirten Fettseifen einen Versuch machen. Niederlagen von Thierack's hygienischer Fettseife Nr. 690 in allen besseren Droguen-, Seifen-, Parfümerien- und Colonialwaaren-Geschäften.

In **Chicago prämiirt** wurden
Leichner's Fettpuder
und
Leichner's Hermelinpuder.
Sie sind die besten unschädlichen Gesichtspuder für Tag und Abend, welche die Haut, wie bekannt, bis ins Alter weich und ihr einen zarten, rosigen, jugendfrischen Ton geben. Man merkt nicht, dass man gepudert ist. Zu haben in der Fabrik, **Berlin, Schützenstr. 31,** u. i. a. Parfümerien in verschloss. Dosen, auf deren Boden Firma und Schutzmarke eingeprägt ist. Man verlange stets: **Leichner's Fettpuder.**
L. Leichner, Lieferant d. Kgl. Theater.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18940131021/fragment/page=0004